
Jan Gerber
Antiimperialismus: An der Seite der Völker

Leseprobe aus:

Jan Gerber

Nie wieder Deutschland? Die Linke im Zusammenbruch des „realen Sozialismus“
ça ira- verlag 2010, S. 258 - 282

Die Revolution wird verlagert

Auf dem Berliner Vietnamkongreß im Februar 1968 in Westberlin beschrieb der iranische Intellektuelle Bahman Nirumand, dessen Buch über das persische Schahregime großen Einfluß auf die Studentenbewegung der sechziger Jahre ausübte (Nirumand 1967), in einprägsamen Worten das politische, geographische und geschichtsphilosophische Koordinatensystem der damaligen Proteste: Von der Ersten, Zweiten und Dritten Welt, so Nirumand in seinem seinerzeit viel beachteten Referat, sollte nicht nur im ökonomischen und politischen, sondern auch im historischen Sinn, im Sinn der „Geschichte des Menschen“, gesprochen werden. Diese „Geschichte des Menschen“ habe ihren Ursprung in China, in Ägypten und Mexiko – in der Welt also, „die der Imperialismus heute die dritte nennt“. Der zweite Abschnitt der Geschichte habe in Athen begonnen und ende in Washington. Inzwischen, so lautete schließlich die euphorische Zentralessage Nirumands, die sich für die Mehrheit der Linken in den Folgejahren in eine Durchhalteparole verwandeln sollte, stehe die Menschheit am Übergang zur Dritten Welt, „zur Welt des neuen Menschen, mit der die Vorgeschichte des Menschen, seine Unterdrückung und Zerstückelung beendet sein“ werde: „Die erste Welt, als die der Imperialismus sich begreift, wird die letzte Welt der Despoten und Tyrannen sein; die dritte Welt aber, die der Imperialismus, jetzt schon mit dem Rücken zur Wand, zerschlagen will, wird die erste Welt des Menschen sein.“ (Nirumand 1998: 62)

Dieses, von Nirumand nur unwesentlich verkürzt wiedergegebene Schema eines Kampfes zwischen imperialistischer Erster und antiimperialistischer Dritter Welt bildete für weite Teile der radikalen Linken – von den Autonomen über die Gruppen des „bewaffneten Kampfes“ und die ML-Bewegung bis weit ins Lager der undogmatischen Linken hinein – über Jahrzehnte hinweg die Schablone für die Interpretation weltpolitischer Ereignisse. Das antiimperialistische Weltbild fungierte sowohl als internationaler Orientierungsrahmen als auch als ideologische Basis für die Bewertung des Weltgeschehens.

Mit den weltpolitischen Ereignissen der Jahre 1989 bis 1991 zerfiel dieses ohnehin stets nur begrenzt realitätstaugliche weltpolitische Bezugsmodell. Es zerbrach ausgerechnet mit dem Teil der politisch-geographischen Hemisphäre, der weder bei Nirumand noch bei den Antiimperialisten der RAF, den Autonomen und weiten Teilen der undogmatischen Linken je besondere Erwähnung fand: dem Ostblock bzw. der realsozialistischen Zweiten Welt. Diese Aussage über den Zusammenhang zwischen dem Untergang der Zweiten und dem Ende des Prinzips der Dritten Welt mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen. So war die Idee der Dritten Welt, auf das sich das antiimperialistische Weltbild formelhaft verdichten läßt, zunächst nicht nur quer zum Dualismus von Ost und West gelagert: In der Konferenz von Bandung, die als erste politische Manifestation der Dritten Welt – damals noch nicht als Synonym für wirtschaftlich unterentwickelte Staaten gebraucht – gelten kann, wurde 1955 der Willen laut, sich *jenseits* des binären Systems der Blockkonfrontation zu positionieren. Auch die Entstehung dieses Prinzips hatte anfangs nur wenig mit dem Kalten Krieg und seinen Frontlinien zu tun. So hatte die Dekolonisierung, auf die die Rede von der Dritten Welt zunächst verwies, ihren historischen Ursprung nicht im Kalten Krieg, sondern, ebenso wie der Kalte Krieg selbst, im Zweiten Weltkrieg. Die Dekolonisierung setzte in zeitlicher Parallelität, aber weitgehender historischer Divergenz zum Kalten Krieg ein – als Verlängerung des spätestens seit den zwanziger Jahren schwelenden Konfliktes der alten Kolonialmächte mit den Unabhängigkeitsbewegungen in ihren Kolonien. (vgl. Hobsbawm 1999: 272 ff.) Der Beginn der Dekolonisierung fiel mit dem Ende der Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges zusammen: Am 8. Mai 1945 massakrierten französische Truppen im algerischen Sétif tausende Demonstranten, die angesichts der Feierlichkeiten aus Anlaß der bedingungslosen Kapitulation des „Dritten Reiches“ zugleich für die Unabhängigkeit des Landes demonstrierten, und schufen so das Fanal, auf das sich die Nationale Befreiungsfront Algeriens (FLN) im Unabhängigkeitskrieg 1954 bis 1962 immer wieder berief. (vgl. Diner 2007: 64 ff.) Im September 1945, nur kurz nach der Kapitulation der ja-

panischen Besatzungsmacht, rief Ho Chi Minh die Unabhängigkeit Vietnams aus; und auf den Philippinen setzten Partisanen, die nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen 1942 drei Jahre lang Widerstand gegen die japanische Armee geleistet hatten, ihren Kampf bis zum 4. Juli 1946, dem Unabhängigkeitstag der USA wie auch der Philippinen, gegen die alte und neue Kolonialmacht, die Vereinigten Staaten, fort.

Dieses historische Zusammentreffen verschiedener Konfliktlinien war kein Zufall: So war durch den Zweiten Weltkrieg nicht nur die bisherige internationale Ordnung unwiederbringlich zerstört worden. Aufgrund seiner globalen Dimension hatte der Krieg von den Unabhängigkeitsbewegungen zugleich eine Positionierung auf Seiten der Alliierten oder der Achsenmächte gefordert. Die jeweiligen Organisationen, Bewegungen und Befreiungsfronten spalteten sich nicht selten gerade an dieser Frage in unterschiedliche Strömungen; Bewohner der Kolonien kämpften an nahezu allen Fronten des Zweiten Weltkrieges mit. Gerade für Frankreich, dessen Algerienkrieg wenig später zum Initiationsereignis für das Engagement der westlichen Linken an der Seite der antikolonialen Bewegungen wurde, entwickelten sie sich, was in der bisherigen Historiographie allenfalls am Rande thematisiert wird, zu einer der tragenden Säulen bei der Befreiung des Landes. (Rheinisches JournalistInnenbüro 2005: 6 f.) Das Pathos des Universalismus und der Freien Welt, das insbesondere von Seiten der Westalliierten gegen die Achsenmächte ins Feld geführt wurde, hatte durchaus Auswirkungen auf die Bewegungen in den Kolonien. So sind die Kriege in Vietnam oder Algerien nur vor dem Hintergrund der zunächst geschürten und nach dem Zweiten Weltkrieg enttäuschten Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit in diesen Regionen zu verstehen. Insbesondere in Algerien, dessen Fanalcharakter für die Entstehung des Prinzips der Dritten Welt kaum überschätzt werden kann – das Manifest des antikolonialen Befreiungskampfes, Frantz Fanons berühmte Schrift über die *Verdamnten dieser Erde* (Fanon 1994), ist nicht umsonst vor dem Hintergrund des Algerienkrieges geschrieben worden –, wurde der antikoloniale Kampf sogar als konsequente Fortführung des antifaschistischen Kampfes begriffen: Fanon selbst hatte bereits in der französischen Armee gegen die Nazis gekämpft; Mohammed Larbi Ben M'Hidi, einer der militärischen Führer des FLN, soll vor seiner Ermordung durch den französischen Geheimdienst den „Chant des partisans“ der Résistance angestimmt haben. (vgl. Diner 2007: 83) Angesichts der vehementen Unterdrückung des antikolonialen Kampfes durch Mächte der vormaligen Anti-Hitler-Koalition und der Tatsache, daß, wie im Fall Algerien, ehemalige Résistants mitverantwortlich für Folter und Krieg gegen die Zivilbevölkerung waren (vgl. Renken 2006: 78 f.), schien das universalistische Pathos, wie es etwa in der Atlantik-Charta zum Ausdruck kommt, seinen partikularen Charakter zu offenbaren.

Aber nicht nur die früheren Westmächte, sondern auch die Sowjetunion, ihre Satellitenstaaten und die westlichen Bruderparteien der KPdSU entfielen zunächst als Bündnispartner der nationalstaatlichen Bewegungen in der Dritten Welt: Sie ignorierten den antikolonialen Kampf in den ersten Jahren nicht nur; gerade die KPF, neben der KPI die größte Kommunistische Partei Westeuropas, stellte sich sogar explizit gegen das Aufbegehren der Algerier. (vgl. ebd.: 160 ff.; Moneta 1968)

In dieser zweifachen Frontstellung – sowohl gegen die Ideologie des Freien Westens als auch gegen die Vertreter und Propagandisten des Realsozialismus – trafen sich die antikolonialen Bewegungen mit einem Teil der europäischen (radikalen) Linken. So überlagerte das Agieren der Sowjetunion im Rahmen des Kalten Krieges nach und nach die Erinnerung an den Roten Oktober, die durch den antifaschistischen Kampf der Roten Armee nur kurz zuvor die letzte dringend benötigte Aufwertung erfahren hatte. Spätestens in Folge des Koreakrieges agierte die Sowjetunion weniger als viel besungenes Vaterland der Werktätigen oder Heimstatt der Weltrevolution denn als Hegemonialmacht des Kalten Krieges. Durch die Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956 offenbarte sie schließlich einmal mehr ihren despotischen Charakter. In dem Maß, in dem die Sowjetunion ihre antifaschistische Gratifikation durch ihr Vorgehen im eigenen Machtbereich aufs Spiel setzte, begaben sich weite Teile der europäischen Linken auf die Suche nach einem neuen Bezugsobjekt. Die Abkehr zahlreicher Vertreter der kritischen Intelligenz von den Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Großbritanniens, die Entstehung einer europäischen Neuen Linken und die damit unmittelbar verbundene Zuwendung zu den „unterdrückten Völkern des Trikont“ fielen zeitlich nicht zufällig mit der Niederschlagung des Ungarnaufstandes 1956 zusammen. Die Frage der Dekolonisierung war insofern eng mit der Reorganisation der französischen Linken zur Nouvelle Gauche, der britischen Linken zur New Left und der deutschen zur Neuen Linken verbunden: „Ohne die antikolonialen Befreiungsbewegungen hätte es keinen antiautoritären Protest in den Metropolen gegeben.“ (Claussen 1989a: 194)

Zu dieser Enttäuschung über die Sowjetunion gesellte sich eine weitere Enttäuschung, die die Orientierung eines nicht unerheblichen Teils der Linken auf den Prozeß der Dekolonisierung beeinflusste. So hatte das Zusammenspiel von Vollbeschäftigung, Sozialstaat und Massenkonsumentengesellschaft das Leben der Arbeiterklasse, auf die weite Teile der Linken bis dahin fixiert waren, seit den fünfziger Jahren weitgehend umgestaltet. Angesichts des Wirtschaftsbooms verschwammen die Grenzen zwischen Facharbeiterschaft und Mittelstand. „You never had it so good“, dieser Wahlkampfslogan Harold Macmillans aus dem Jahr 1959 dürfte der Wahrnehmung weite Teile der westeuropäischen Arbeiterschaft entsprochen haben. (Hobsbawm 1999: 325) Der neue Wohlstand – von den verbesserten Bildungschancen über die bisher ungeahnten Konsummöglichkeiten bis hin zum Massentourismus – zog die Arbeiterschaft weit mehr in den Bann als die Agitation für eine proletarische Revolution. Je unwahrscheinlicher revolutionäre Umstürze in den Metropolen wurden, umso verzweifelter verlagerte die Linke ihre revolutionären Sehnsüchte in andere Gegenden des Erdballs.¹ Durch Bezugnahme auf die „geborgte Realität“ (Oskar Negt) in der Peripherie schien die eigene Erfolglosigkeit in den Metropolen kompensiert werden zu können. Die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen stabilisierte, wie Gregor Kritisches feststellt, bereits in den fünfziger Jahren den „inneren Zusammenhalt ihrer organisatorischen Kerne“. (Kritisches 2008: 471) Algerien und der dortige revolutionäre Prozeß, so kommentierte ein Aktivist der westdeutschen Algeriensolidarität sein Engagement der fünfziger Jahre in einem Rückblick, „waren für uns wichtige Fragen, die ganz im Zentrum standen“: „Mit ’ner Orientierung nur auf die Kämpfe hier in der BRD wäre das sehr schwierig gewesen, besonders zwischen [19]57/58 und [19]60/61. Da war ja wirklich nichts los hier.“² Der Trikont wurde von linker Seite dementsprechend ganz im Sinn Alfred Sauvys, auf dessen bekannten Artikel „Tri mondes, une planète“ („Drei Welten, ein Planet“) die Rede von der Dritten Welt zurückgeht (Sauvy 1952), als imaginierter Statthalter des Dritten Standes, des sozioökonomischen Trägers der Französischen Revolution, verstanden.

Das antiimperialistische Weltbild

Obwohl die Hinwendung zu den antikolonialen Kämpfen als ideologische Gegenbewegung zur Abkehr vom Realsozialismus stattfand, verschaffte sich die Existenz der Sowjetunion im Prinzip der Dritten Welt doch über zwei Umwege Geltung. Der erste erfolgte auf ideologischer Ebene.

Tatsächlich war die Orientierung, die die (radikale) Linke seit den fünfziger Jahren auf die nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont vollzog, eine jener Wiederholungen von Geschichte, von denen Marx in seiner berühmten Vorrede zum *18. Brumaire des Louis Bonaparte* spricht. (MEW 8: 115)³ So hatten die europäischen Arbeiter die revolutionären Hoffnungen, die noch Marx und Engels in sie gesetzt hatten, schon einmal enttäuscht. Spätestens im August 1914 hatte das europäische Proletariat eine der emphatischsten Passagen des *Manifests der Kommunistischen Partei*, den Satz „Die Arbeiter haben kein Vaterland!“ (MEW 4: 479), demontiert: Französische Sozialisten reihten sich in die Schlangen vor den Mobilisierungsbüros der französischen Armee ein; Georgi Plechanow, der politische Ziehvater Lenins, appellierte an die russische Arbeiterklasse, ihr Vaterland zu verteidigen; und die Reichstagsfraktion der SPD stimmte geschlossen für die Kriegskredite und folgte damit dem Vorbild ihres früheren Vorsitzenden August Bebel, der schon 1898 erklärt hatte, daß er gegen Rußland selbst die „Flinte auf den Buckel“ nehmen würde. (vgl. Geyer 1948: 43) Die Zweite Internationale, die

¹ Das Engagement gegen den Kolonialismus stellte zwar in allen Staaten des westlichen Bündnisses eine Reaktion auf die „Integration der Arbeiterklasse“ (Marcuse 1970) dar. In Deutschland hatte diese Integration allerdings eine besondere Komponente: Hier war sie nicht allein, wie etwa in Frankreich oder Großbritannien, über Konsum, sozialstaatliche Praxis usw., sondern primär über die Vernichtung vermittelt. (vgl. Scheit 2001) Im Nationalsozialismus war der immer wieder beschworene Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital dergestalt aufgehoben worden, daß „Mob und Elite“ (Arendt 2005) zum „Wohle des Ganzen“, zur Wehe der Juden miteinander verschmolzen. Es wäre insofern auch danach zu fragen, inwiefern der Holocaust in der Verlagerung der revolutionären Sehnsüchte vom Proletariat auf die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eine verborgene Präsenz fand; inwiefern diese Verlagerung also im Zusammenhang mit der Ahnung stand, daß Auschwitz ohne die massenhafte Duldung, Akzeptanz und Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung nicht hätte geschehen können.

² So der Trotzkiist Helmut Wandler im Gespräch mit Claus Leggewie (1984: 123).

³ „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Kleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“

noch zwei Jahre vor Kriegsausbruch verkündet hatte, daß sie alles aufbieten werde, um einen Krieg zu verhindern und – falls dies nicht möglich sei – die „Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen“, zerbrach. (zit. nach Calamaros 1974: 61)

Die wenigen Kriegsgegner bemühten sich in der Folge um die Beantwortung der Frage, warum der Kapitalismus bislang nicht, wie von den Theoretikern der Zweiten Internationale immer wieder vorausgesagt, zusammengebrochen war. Ihre Erklärung lautete: Der Kapitalismus ist in eine neue Phase, die Phase des Imperialismus, getreten. Der Imperialismus, der die Epoche des Freihandels seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts beendet habe, sei, wie Rosa Luxemburg schrieb, die „geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals“, zugleich allerdings auch das „sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen“. (Luxemburg 1913: 423)

Von all den Imperialismustheorien, mit denen die neue Entwicklung erklärt werden sollte, war die Analyse Lenins diejenige, die den größten Einfluß auf die Arbeiterbewegung und die Linke erlangen konnte. Hierfür war nicht nur ihre Kanonisierung in der Komintern bzw. im Machtbereich der Sowjetunion verantwortlich. Die Faszination, die von ihr ausging, dürfte zugleich darin begründet gewesen sein, daß sie im Unterschied zur Marxschen Kritik der politischen Ökonomie auf der Erscheinungsebene verharrte, daß sie also der Alltagswahrnehmung deutlich entgegenkam: Lenins antiimperialistisches Denkgebäude erhielt seine Dynamik, „weil es aufgrund seiner Einfachheit und Plausibilität, besonders in seinen verbreiteten popularisierten bzw. vulgarisierten Versionen, einen fast selbstverständlich kausal anmutenden Übergang von einfachen zu immer differenzierteren Fragestellungen ermöglicht und damit die geistige Rast auf einer Stufe begünstigt, so daß die Last unbekannter Probleme leichter in den theoretischen Hintergrund verdrängt werden kann“. (Calamaros 1974: 68) So wird Marxens Materialismus von Lenin – und mehr noch in den „Volksausgaben“, „Hinführungen“ und „Schulungsheften“, in denen das Leninsche Denken noch einmal verkürzt wiedergegeben wird – in die Aussage „Es geht ums große Geld“ übersetzt; Marxens Herrschafts- und Staatskritik mutiert in Lenins Imperialismusschriften zur Kritik von „Fremdherrschaft“; und wirtschaftliche Vorgänge werden tendenziell als Folge des Handelns bestimmter Personen und Personengruppen begriffen, die scheinbar keinen gesellschaftlichen Zwängen ausgesetzt sind. Der historische Prozeß degeneriert so, wie Eike Hennig einmal im Hinblick auf marxistisch-leninistische Faschismustheorien vermerkte, zur Tat großer Männer, „diesmal keine Könige und Feldherren, sondern eben ‚Kapitalisten‘“. (Hennig 1970: 438)⁴

Lenins Imperialismusanalyse bot jedoch zugleich – und das dürfte ein weiterer Grund für ihren Erfolg gewesen sein – eine Handlungsoption an. Sie war ein „Zufluchtsort jenes Optimismus“, der die Marxsche Lehre auszeichnete“. (Meyer 1972: 130) So waren Lenin und die Bolschewiki zu der Auffassung gelangt, daß der Kapitalismus seine Kraft in der Hauptsache aus seinen Kolonialbesitzungen schöpfe. (LW 22: 264) Die logische Schlußfolgerung aus dieser Setzung lautete, daß der Kapitalismus in diesen Kolonien und Halbkolonien auch besonders effektiv geschwächt werden könne. Während Marx die Existenz einer bürgerlichen Gesellschaft und einer entwickelten Industriearbeiterschaft als Voraussetzung für den revolutionären Übergang zum Kommunismus begriff, ernannte Lenin plötzlich die „unterdrückten Völker“ zum zweiten revolutionären Subjekt. Die „doppelt Unterdrückten“ in der Peripherie seien nicht nur viel eher dazu in der Lage, ein revolutionäres Bewußtsein auszubilden als die teilweise bereits korrumpierte Arbeiterschaft in den Industrienationen. Auch die Staatsmaschinerie sei in diesen

⁴ Die Leninsche Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* von 1916 basiert auf der Analyseebene auf den folgenden drei Grundaussagen: 1. Bankkapital und Industriekapital verschmelzen zum Finanzkapital; eine Finanzoligarchie – mit den Worten Lenins: ein „Häuflein Monopolisten“ (LW 22: 214), „ein paar Hundert Finanzkönige“ (ebd.: 225) – übt die Herrschaft aus. 2. Die Herausbildung des Finanzkapitals zieht eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern nach sich. Das Finanzkapital ist daher bestrebt, „möglichst viele Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, nur auf mögliche Rohstoffquellen“ und Investitionsmöglichkeiten für ihren Kapitalüberschuß hinzielend, „aus Angst, in dem tollen Kampf um die letzten Brocken der unverteilt Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen“. (ebd.: 266) Diese Entwicklung schlägt sich 3. in folgender weltpolitischer Konstellation nieder: Eine „ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten“ (ebd.: 282) steht „ein Häuflein Wucherstaaten“ (ebd.) gegenüber. In diesen Staaten lebe eine parasitäre „Schicht der Rentner“, deren „Beruf der Müßiggang ist“, in „völlige[r] Isolierung [...] von der Produktion“ allein vom „Kuponschneiden“ von Spekulationen und anderen „Finanzmachenschaften“. (ebd.: 281) Zwar weist Lenin gelegentlich darauf hin, daß „die Kapitalisten“ die Welt „nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit“ unter sich aufteilen, „sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen“. (ebd.: 257) Mit seinen personalisierenden Einwüfen gegen „Kuponschneider“, „Parasitismus“ und „Rentiers“, „deren Beruf der Müßiggang ist“, dementiert er diese Erkenntnis jedoch immer wieder. Eingehender zum Leninismus bzw. zu Lenins Imperialismusschrift Calamaros (1974: 59 ff.) und Mommsen (1987: 27–54).

Ländern noch nicht so gefestigt wie in den imperialistischen Staaten – und könne daher besser angegriffen werden. Auf die bürgerlichen Revolutionen, so argumentierte Lenin weiter, müsse also nicht mehr gewartet werden; die nationalen Befreiungsbewegungen und die proletarischen Revolutionen würden vielmehr in einem Strom zusammenfließen. „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!“ – so lautete dementsprechend die Losung des zweiten Weltkongresses der Komintern 1920 in Moskau.

Mit der Oktoberrevolution schienen die Bolschewiki den empirischen Beweis für die Richtigkeit der Leninschen Imperialismustheorie zu liefern. So war die Revolution nicht, wie von Marx und Engels prognostiziert, in den kapitalistischen Zentren ausgebrochen, sondern am „schwächsten Glied“ der kapitalistischen Kette, in einem Land, in dem teilweise noch feudale Verhältnisse herrschten. In ihren Schriften aus den zwanziger Jahren konnten sich die verschiedenen Gliederungen der Komintern dementsprechend nur selten wirklich entscheiden, ob der revolutionäre Prozeß zwischen der Februarrevolution 1917 und der Beendigung des Kriegskommunismus – der Niederlage der antibolschewistischen weißen Garden und dem Sieg über die Interventionstruppen der Entente – als proletarischer Kampf oder als Kampf eines unterdrückten Volkes zu werten sei.⁵ Sie lösten dieses analytische Dilemma mit der Formel einer „Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung“, einer Formel, auf die sich auch die Bewegungen in der Dritten Welt seit den fünfziger Jahren immer wieder mit gutem Grund berufen sollten. So war die Entstehung der Sowjetunion die Urszene jenes Ineinanders von sozialer Reform und der Befreiung des heimatlichen Territoriums von „fremder Herrschaft“, die auch die Bewegungen im Trikont anstrebten. Die Kombination der russischen Februar- mit der Oktoberrevolution und dem Sieg über die französischen, britischen, amerikanischen usw. Interventionseinheiten lieferte die Blaupause für die späteren Erhebungen in der Dritten Welt. Auch wenn sich die einschlägigen Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika nur selten explizit an der Sowjetunion orientierten, war der Kampf der Bolschewiki nicht nur der Beweis dafür, daß in einem industriell unterentwickelten Land eine siegreiche Revolution stattfinden kann. Die Bolschewiki hatten zugleich gezeigt, daß die Truppen der mächtigsten Industrienationen vertrieben, in großem Ausmaß Agrarreformen durchgeführt und innerhalb weniger Jahre ein beeindruckendes industrielles und landwirtschaftliches Potential geschaffen werden.

Aus dieser Zeit der Vorwegnahme des antikolonialen Kampfes durch die Bolschewiki stammte auch der Großteil des theoretischen Arsenal, mit dessen Hilfe die Bewegungen in der Dritten Welt – und mehr noch die mit ihnen solidarischen linken Strömungen in den Metropolen – seit den fünfziger Jahren die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen deuteten. Auch wenn Frantz Fanons Schrift über die *Verdamnten dieser Erde* von Seiten der radikalen Linken in den Metropolen bald kanonisiert wurde, kam ihr weniger die Funktion eines Analyse Rahmens als einer moralischen Appellationsinstanz zu. Tatsächlich amalgamierte der Antikolonialismus Fanons – aber auch der seines Lehrers Aimé Césaire oder Che Guevaras – in seiner linksradikalen Rezeption mit Versatzstücken jenes marxistisch-leninistischen Antiimperialismus, wie ihn Lenin in den Jahren nach 1910 entworfen hatte. (vgl. Wolter 2001: 108 ff.) Thomas Haury umschrieb die dabei wirksamen Ankopplungsmechanismen vor einigen Jahren mit folgenden Worten: „Die unkritische Identifikation mit den nationalen Befreiungsbewegungen muß zwangsläufig zur Unterscheidung von guten und schlechten Staaten, zur Verwechslung von sozialer Revolution mit nationaler Befreiung und schließlich zur Entdeckung guter Völker führen, die gegen das als ‚Imperialismus‘ bezeichnete abstrakte Böse kämpfen. (Die letzte Ursache dieser Denkform ist eine falsche Verarbeitung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen und der durch sie gegebenen objektiven Probleme einer aktivistisch die Revolution wollenden Linken im Besonderen. Die Übernahme der Pseudothorie des ‚Marxismus-Leninismus‘ erfolgte aus genau diesem Dilemma; hätte er nicht schon bereitgestanden, er hätte erfunden werden müssen.)“ (Haury 1992: 152)

Die Verkopplung des antikolonialen Befreiungsmodells mit den traditionellen Imperialismus- und Antiimperialismusvorstellungen des Marxismus-Leninismus wurde noch dadurch begünstigt, daß zahlreiche Theoretiker und Wortführer des antikolonialen Kampfes politisch im Kontext des marxistischen Antikolonialismus und Antiimperialismus der zwanziger und dreißiger Jahre sozialisiert worden waren. Insbesondere der „Kongreß der Völker des Ostens“, der 1920 im Anschluß an den zweiten Weltkongreß der Komintern unter der Parole „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!“ in Baku stattfand, sowie die großen, von Willi Münzenberg organisierten „Kongresse gegen koloniale Unterdrückung“ 1927 in Brüssel

⁵ Tatsächlich war das Russische Reich unter den letzten Romanows, wie Isaac Deutscher schreibt, ein „Zwitter aus Reich und Kolonie“. „Westliche Aktionäre besaßen 90 Prozent der Bergwerke Rußlands, 50 Prozent seiner chemischen Industrie, über 40 Prozent seiner Maschinenfabriken und 42 Prozent seines Bankkapitals.“ (Deutscher 1970: 15)

und 1929 in Frankfurt am Main konnten einen kaum zu überschätzenden Einfluß auf die junge intellektuelle Elite der Kolonien ausüben. Der vietnamesische Revolutionsführer Ho Chi Minh, der im Unterschied zu zahlreichen anderen Führern des Antikolonialismus ohnehin nie auf den sogenannten „Dritten Weg“ zwischen Ost und West vertraute, sondern sich von vornherein an der kommunistischen Weltbewegung orientierte, war spätestens in den zwanziger Jahren in Paris in Kontakt mit dem Marxismus gekommen. Fanons Lehrer Aimé Césaire engagierte sich selbst nach 1945 noch im Kontext der französischen KP – ein Einfluß, der sich, wenn auch um ein Vielfaches gebrochener als bei Césaire, auch im Werk Fanons fortsetzte.⁶ Und noch Régis Debrays Systematisierung der „ziemlich unsystematischen Gedanken“ (Hobsbawm 1999: 545) des Ernesto „Che“ Guevara – eine kleine Gruppe bewaffneter Militanter fungiert als „Brennpunkt“ des Befreiungskampfes – kann die Anleihen am Leninschen Putschismus nur schwer verleugnen. (etwa Debray 1967)

Die marxistisch-leninistischen Wurzeln, die das Werk zahlreicher Theoretiker des antikolonialen Kampfes durchzogen, wurden von Seiten der europäischen Linken insofern freigelegt und verstärkt. Gleichzeitig handelten sich auch diejenigen, die sich eher vom Fanonschen Existenzialismus oder seiner Bezugnahme auf die Psychoanalyse Jacques Lacans angezogen fühlten, über den Umweg der Fanon-Rezeption – oder allgemeiner: über den Umweg der Dritten Welt – ein tendenziell marxistisch-leninistisches Weltbild ein, dessen Prämissen sie bei anderer Gelegenheit regelmäßig zurückwiesen.

Die Wiederkehr der Sowjetunion

Der zweite Umweg, über den sich die Existenz der Sowjetunion im Prinzip der Dritten Welt Geltung verschaffte, war die politische Sogwirkung des Kalten Krieges.

Voraussetzung des antikolonialen Befreiungskampfes war das Konzept des Selbstbestimmungsrechts der Völker – ein Konzept, das bereits in das erste Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR), als deren Mehrheitsfraktion die Bolschewiki bis 1918 agierten, von 1903 Eingang gefunden hatte. Diese Hinwendung der Bolschewiki zu den „unterdrückten Völkern“ dürfte einerseits der Empörung über das Vorgehen der europäischen Kolonialmächte in ihren überseeischen Besitzungen geschuldet gewesen sein. Andererseits hatte sie jedoch stets auch eine realpolitisch-taktische Komponente: Vor 1917 glaubte die russische Mehrheitssozialdemokratie, das Zarenreich durch die Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen destabilisieren zu können. Nach 1917, als die erhofften Revolutionen im Westen ausblieben, benötigte die junge Sowjetunion einerseits Bündnispartner, andererseits konnten die Kräfte der Entente, die bis 1921 gegen die Rote Armee kämpften, durch Aufstandsbewegungen in ihren Kolonien und Halbkolonien tatsächlich geschwächt werden. Dieses immer auch instrumentelle Verhältnis zu den nationalen Befreiungsbewegungen spiegelte sich nicht zuletzt in den regelmäßigen Einschränkungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker wider: So trat die Rote Armee den Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukraine, Georgiens oder Weißrußlands nach 1917 immer wieder militärisch entgegen und argumentierte mit Lenin, daß „die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen“. (zit. nach Haury 2002: 217)

Insbesondere unter dem Eindruck des faschistischen und nationalsozialistischen Volkstumskampfes, der ebenfalls regelmäßig unter der Parole des Selbstbestimmungsrechts der Völker ausgetragen wurde, stellte die Komintern diese Losung schließlich bald zurück. So hatte insbesondere das Eintreten für die Überwindung des „imperialistischen Versailler Friedensvertrages“ gelegentlich zu eigentümlichen Allianzen geführt: In Deutschland hatte sich der Komintern-Funktionär Karl Radek 1923 positiv auf den Freikorps- und NSDAP-Mann Albert Leo Schlageter bezogen, der während der Ruhrbesetzung Anschläge auf die französischen Besatzungstruppen verübt hatte. Die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen „bis hin zur Lostrennung“ wurde von den tschechoslowakischen Kommunisten lange Zeit analog zu den Henlein-Faschisten gefordert. Und Milovan Djilas, der langjährige Stellvertreter Josip Titos, der in

⁶ Der zentrale Einfluß Fanons war zwar zweifellos der Existenzialismus (in Verknüpfung mit einer an Lacan orientierten Psychoanalyse). Hansen und Schulz konstatieren allerdings durchaus richtig, daß der Aufbau der neuen Gesellschaft bei Fanon wie bei Lenin „mehr Ausdruck des revolutionären Willens“ als ökonomiekritischer Analyse war. (Hansen/Schulz 2000: 341) Udo Wolter verweist in seiner Fanon-Studie auf weitere Gemeinsamkeiten bzw. Anknüpfungspunkte, die Fanons Denken für den Marxismus-Leninismus bietet – insbesondere Fanons „spezifisch voluntaristische Form der Subjektivität“, die er „in seine modifizierte Herr-Knecht-Dialektik im Revolutionsmodell der ‚Verdammten dieser Erde, einsetzt, um sein eigenes Dilemma zu lösen“. Fanon inauguriert „ein handlungsmächtiges Subjekt der Geschichte“, „das gleichzeitig frei von den Fesseln der Geschichte sein mußte, in der es bisher nur als Objekt Platz hatte“. (Wolter 2001: 110)

den sechziger Jahren in Unnade fiel, beschreibt in seinen Lebenserinnerungen, wie die Nationalitäten-Politik der Komintern in Jugoslawien zu „verhältnismäßig guten Beziehungen mit den Ustaschas“, den kroatischen Faschisten, führte: „Wir hatten einen gemeinsamen Feind, die Regierung und das Regime. [...] Vor allem glaubten beide Gruppen, daß Jugoslawien in seine Bestandteile aufgeteilt werden sollte. [...] [S]owohl Ustaschas als auch Kommunisten waren der Meinung, daß Jugoslawien eine künstliche Schöpfung des imperialistischen Versailler Friedensvertrages sei und daher verschwinden müsse.“ (Djilas 1973: 114 f.) Spätestens als 55.000 indische Soldaten während des Zweiten Weltkrieges zum Feind überliefen, um sich der Indischen Nationalarmee des früheren Gandhi-Vertrauten Subhas Chandra Bose anzuschließen – Bose hatte aus indischen Freiwilligen bereits 1941 die Waffen-SS-Division „Freies Indien“ gegründet – und an der Seite der Achsenmächte für die Unabhängigkeit Indiens zu kämpfen (vgl. Kuhlmann 2003), zeigte sich erstens, daß Antiimperialismus bzw. Antikolonialismus und Antifaschismus nicht notwendigerweise kongruent verlaufen, und zweitens, daß Antiimperialismus, das Selbstbestimmungsrecht der Völker bzw. der Antikolonialismus nicht notwendigerweise progressiv sind.

Das Umdenken der kommunistischen Parteien kündigte sich bereits zaghaft im Kontext des VII. Weltkongresses der Komintern 1935, als sich die kommunistische Weltbewegung auch offiziell von der Sozialfaschismusthese trennte, an. (vgl. Djilas 1973: 115) Schon während der Saar-Abstimmung 1935 agitierten die Kommunisten unter Fritz Pfordt gegen ihre frühere Lösung vom Anschluß an das Deutsche Reich – Bertolt Brechts Gedicht „Haltet die Saar, Genossen“ ist das wohl bekannteste Zeugnis des kommunistischen Saarkampfes der dreißiger Jahre. In Österreich, wo Sozialisten und Kommunisten lange Zeit für die großdeutsche Option, die Vereinigung mit Deutschland, eingetreten waren, in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien wurden die Kommunistischen Parteien bald zu Gegnern ethno-geographischer Neuparzellierungen. Und in Frankreich – und hier ist zumindest einer der Gründe für die Distanz zu suchen, die die KPF später zum algerischen FLN hielt – gingen die Kommunisten auch im Hinblick auf die Kolonien auf Distanz zur Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Maurice Thorez, der Generalsekretär der KPF, beschrieb die neue Linie der Kommunistischen Parteien gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen in den überseeischen Besitzungen der westlichen Kolonialmächte 1937 mit den Worten: „Wenn die entscheidende Frage im Augenblick der siegreiche Kampf gegen den Faschismus ist, so liegt der Vorteil für die Kolonialvölker in der Zusammenarbeit mit dem französischen Volk und nicht in einer Haltung, die den Plänen des Faschismus Vorschub leistet und zum Beispiel Algerien, Tunesien und Marokko dem Joch Mussolinis oder Hitlers unterwerfen oder Indochina zu einer Operationsbasis für den japanischen Militarismus machen könnte.“ (zit. nach Elsässer 1999c)

Auch wenn diese Option mit dem Sieg über die Achsenmächte obsolet wurde, stand die Sowjetunion den Unabhängigkeitsbestrebungen der Kolonien auch nach 1945 zunächst weiterhin uninteressiert bis reserviert gegenüber. Sie bezog die Dritte Welt erst relativ spät in ihre geostrategischen Pläne ein. Die Hoffnungen Nikita Chruschtschows, der die Geschicke der KPdSU nach Stalins Tod 1953 in genau den zehn Jahren lenkte, in denen die antikoloniale Revolte begann, waren bekanntermaßen darauf gerichtet, den Westen durch die wirtschaftliche Überlegenheit des Realsozialismus zugrunde richten zu können. Der Umschwung kam erst, als Washington die Dritte Welt als Schauplatz des Kalten Krieges entdeckte. Dabei hatten die Vereinigten Staaten dem Kolonialismus der alten Imperialmächte zunächst ebenso kritisch gegenübergestanden wie die Sowjetunion. In zahlreichen Kolonien war durchaus wohlwollend zur Kenntnis genommen worden, daß die beiden großen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges von ihrem historischen Selbstverständnis her antikolonialistisch eingestellt waren. (vgl. Hobsbawm 1999: 275) Die erste Verfassung Nordvietnams orientierte sich dementsprechend an der Verfassung der Vereinigten Staaten (vgl. Diner 1991b: 28); und noch während des Vietnamkrieges, als US-amerikanische Flugzeuge das Land bombardierten, schrieb Ho Chi Minh höfliche Briefe an Richard Nixon und die amerikanische Bevölkerung, in denen er sie daran erinnerte, daß auch die Vereinigten Staaten das Resultat einer antikolonialen Revolution seien und das aktuelle Agieren der Vietnamesen durchaus Ähnlichkeiten zum historischen Unterfangen der Amerikaner aufweise. (Ho Chi Minh 1980: 301)

Mit der Rollback-Strategie, der Nachfolgerin der amerikanischen Containment-Politik, wandelten sich die Vereinigten Staaten schließlich vom Gegner des Kolonialismus zum Sachstandswahrer in der Dritten Welt. Antikoloniales Aufbegehren und demokratische Umwälzungen wurden von amerikanischer Seite bald auch dann mit kommunistischer Infiltration in eins gesetzt und bekämpft, wenn die jeweiligen Protagonisten auf sozialrevolutionäres Vokabular verzichteten. Rechtsgerichtete Diktaturen erschienen Washington dabei oftmals als verlässlichere Parteigänger als linke bzw. demokratische Bewegungen, die in der paranoiden Logik der

Dominotheorie, der Entsprechung der Rollback-Strategie auf der Analyseebene, primär als potentielle Bündnispartner der Sowjetunion wahrgenommen wurden. Damit schufen sich die Vereinigten Staaten, ähnlich wie die Bolschewiki gut dreißig Jahre zuvor, ihre *self-fulfilling prophecy* – allerdings zu ihren eigenen Ungunsten: Da der Kalte Krieg als Nullsummenspiel angelegt war, kehrte nicht nur die Sowjetunion in den Trikont, den sie in den dreißiger Jahren weitgehend verlassen hatte, zurück. Auch die antikolonialen Bewegungen sahen sich an die Seite des Realsozialismus gezwungen. Die Anknüpfung an die Handelsstrukturen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), des zweiten Weltmarktes, wurde zur Überlebensnotwendigkeit für die antikolonialen Bewegungen und die neugegründeten Nationalstaaten. Selbst den Staaten der Blockfreien-Bewegung, die im indonesischen Bandung ihren Ausstieg aus der Logik der Blockkonfrontation verkündet hatten, konnten nur selten zwischen den Handelsstrukturen der Ersten und Zweiten Welt hin und her springen und sahen sich letztlich auf einen der beiden Weltmärkte zurückgeworfen. Der Antikolonialismus, dessen Fronten zunächst quer zu den Konfliktlinien des Kalten Krieges verlaufen waren und als Relikt des vergangenen imperialen Zeitalters in die neue Epoche hineinragten, wurde damit durch den Ost-West-Konflikt überformt und absorbiert. Die Sowjetunion wurde zu einer Größe der Dekolonisierung; antikoloniale Befreiungskämpfe, Selbstbehauptungskriege der jungen Nationalstaaten, Verteilungskämpfe und Bürgerkriege im Trikont wurden als Stellvertreterauseinandersetzungen im Kampf der Werte zwischen Ost und West geführt.

Das Engagement der Sowjetunion an der Seite der antikolonialen Bewegungen hatte für das Land der Oktoberrevolution zugleich die Funktion eines Ostererlebnisses: Mit den Waffenlieferungen in die Dritte Welt, der Ausbildung von Technikern und ihren finanziellen Unterstützungsleistungen erstand die Sowjetunion in der Wahrnehmung der Linken wieder als ein Faktor der Befreiung auf. Über den Umweg der Dritten Welt erhielt sie einige der Sympathiepunkte zurück, die sie durch ihr autoritäres Regiment, das Vorgehen in ihrem engsten Machtbereich, durch Bürokratie und Terror verloren hatte. Wenn ihr eigener Sozialismus auch als deformiert und bürokratisiert begriffen wurde, so schien sie nun wenigstens dafür zu sorgen, daß den USA, die in der linken Wahrnehmung von der westlichen Führungsmacht zum Sinnbild des Imperialismus avanciert waren, nicht nur Einhalt geboten wurde. Sie schien zugleich dazu beizutragen, daß in der Dritten Welt ein wahrer Sozialismus errichtet werden kann. Als die maoistische KPD/ML im Kontext der Vietnamsolidarität 1971/72 die Parole „Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus“ ausgab, wurde ihr dementsprechend weit über das sowjetnahe DKP-Spektrum hinaus mit Empörung begegnet. Selbst der KB, der sich seinerzeit noch in Analogie zur KPD/ML an China und am Maoismus orientierte, erklärte durchaus exemplarisch: „Das vietnamesische Volk erhält von der Sowjetunion eine beträchtliche materielle Unterstützung. Sowjetische Schiffe sind im Hafen von Haiphong von amerikanischen Bombenangriffen getroffen worden und durch Verminung der Seewege aktuell gefährdet. In dieser Situation und bei diesem Anlaß zum Kampf gegen die Sowjetunion aufrufen zu wollen, ist eine Provokation gegenüber dem vietnamesischen Befreiungskampf...“ (zit. nach Steffen 2002: 68)

Gleichzeitig bot die Verschmelzung des Kalten Krieges mit dem antikolonialen Kampf eine Orientierungsgewißheit, die die Linke selten zuvor besessen hatte: Die Kraft, die in den Staaten der Dritten Welt an der Seite der Sowjetunion kämpfte, konnte als potentiell fortschrittliche gewertet werden; diejenigen Parteien hingegen, die Unterstützung aus den USA oder anderen westlichen Staaten erhielten, agierten im Sinne der Reaktion. Diese Bewertung der Auseinandersetzungen in der Dritten Welt anhand der Positionierung der beiden Supermächte funktionierte zwar nie fehlerfrei: So glaubte sich die Sowjetunion gelegentlich gezwungen, regionale Kommunisten den Erfordernissen des Kalten Krieges zu opfern: Sie paktierte etwa mit dem irakischen Baath-Regime, das 1963 zehntausende Kommunisten ermordet hatte. Darüber hinaus wurde die Lage auch durch das steigende Selbstbewußtsein Chinas, das seit dem großen Schisma mit der Sowjetunion 1956 die Rolle als zentrale Bezugsgröße des Weltkommunismus für sich beanspruchte, verkompliziert: Die Volksrepublik trat im Zuge ihrer diversen Kurswechsel seit den späten sechziger Jahren regelmäßig als direkter Konkurrent der Sowjetunion in den Auseinandersetzungen im Trikont auf, so daß sich etwa im Angola der siebziger Jahre gleich drei Bewegungen gegenüberstanden, die zunächst für die Unabhängigkeit von Portugal und schließlich um die Machtverteilung im postkolonialen Staat kämpften: die MPLA, die Unterstützung aus der Sowjetunion und aus Kuba erhielt, die FNLA und die Unita, die beide sowohl von China als auch vom südafrikanischen Apartheidregime protegiert wurden. Trotz solcher gelegentlicher Konfliktlagen und der sporadischen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit Schlichterregimes erwies sich die Bewertung der jeweiligen Bewegungen in der Dritten Welt anhand der Positionierung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zumeist als halbwegs sichere Schablone für die Deutung der trikontinentalen Kämpfe. Zur Realitätstauglichkeit die-

ses Interpretationsrahmens trug nicht nur die Tatsache bei, daß sich zahlreiche Führer des nationalen Befreiungskampfes – insbesondere der fünfziger und frühen sechziger Jahre – auch ohne größeres Zutun der Sowjetunion als „sozialistisch“ begriffen und zu entsprechenden Emanzipations-, Fortschritts- und Modernisierungsvorstellungen tendierten. „Waren sie nach westlicher Art erzogen“, so kommentiert Eric Hobsbawm, „waren sie sogar häufig selbst der Überzeugung, von Lenin und Marx inspiriert worden zu sein.“ (Hobsbawm 1999: 540) Auch die historischen Traditionen der Aufklärung und der europäischen Linken, die teilweise in die politische Agenda der Bolschewiki Eingang gefunden hatten, verschafften sich hier noch einmal in verjüngter Form Geltung und wirkten auf die Dritte Welt zurück: So war die Voraussetzung für die Integration in die Marktstrukturen der Zweiten Welt nicht nur die Orientierung an marxistisch-leninistischer Rhetorik. Die Verbündeten der Sowjetunion sahen sich zugleich gezwungen, gewisse zivilisatorische Mindeststandards – Schulen, die allgemeine Schulpflicht, die juristische Gleichbehandlung von Frauen usw. – einzuhalten oder einzuführen. Dabei flossen die bürgerlichen und proletarischen Revolutionen in den jungen Nationalstaaten zwar nicht, wie noch von Lenin erhofft, „in einem Strom“ zum Kommunismus zusammen. In einigen Fällen bildeten sich jedoch Regimes heraus, deren Eliten sich bemühten, die Französische, also: bürgerliche Revolution nachzuholen – wenn auch, und das mag ebenfalls zu ihrem Scheitern beigetragen haben, unter gänzlich anderen historischen, sozioökonomischen und kulturellen Bedingungen und vor allem: mit den Mitteln einer Entwicklungsdiktatur. So übte die Sowjetunion letztlich auch auf Bewegungen und Regimes, die sich aus ganz pragmatischen Gründen an ihrer Seite wiederfanden, auf Organisationen und Staaten etwa, die sich weniger als sozialrevolutionär denn als anti-westlich verstanden, einen mäßigenden Einfluß aus. Gerade die neutralisierende Wirkung des Kalten Krieges, der alle quer liegenden Konfliktlinien unter einer Rhetorik des Sozialen begrub, verschaffte dem bereits in den dreißiger Jahren in Frage gestellten Manichäismus des antiimperialistischen Weltbildes wieder eine gewisse Plausibilität; gerade unter der Ägide des Ost-West-Konfliktes schien die Trias, auf die die Komintern-Parole von Baku („Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch“) verwies, und die im chinesischen Trikontparadigma von 1965 eine Aktualisierung erfahren hatte, doch noch wirksam zu werden: die Sowjetunion bzw. das „sozialistische Weltsystem“, die Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten in der Dritten Welt sowie die, wenn auch personell arg geschrumpfte Arbeiterbewegung resp. Linke in den Metropolen schienen „gemeinsam“ gegen „den Imperialismus“ zu kämpfen. Die Aktivitäten der recht unterschiedlichen Aufstandsbewegungen in der Dritten Welt schienen dank der Unterstützung durch die Sowjetunion in einem einheitlichen Transformationsprozeß zu verschmelzen, der sich zu den Kämpfen in den Metropolen in ein dialektisches Verhältnis zu setzen schien. (vgl. Steffen 2002: 74)

Das Ende der Dritten Welt

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlor dieses Interpretationsschema seine ohnehin immer brüchiger werdende Realitätstauglichkeit. Der weltpolitische Rahmen, in dem sich die Linke bis dahin bewegt, auf den sie sich bezogen und der ihr eine gewisse Orientierungssicherheit geboten hatte, zerbrach. Die Sowjetunion und mehr noch der RGW, deren Selbstverständnis und Existenz sich oftmals mäßigend auf die Politik ihrer Verbündeten in der Dritten Welt ausgeübt hatten, entfielen als Korrektiv; nationalistische, völkische und anti-westliche Elemente, die von der marxistisch-leninistischen Rhetorik ohnehin regelmäßig nur mühsam kaschiert worden waren, dominierten nun häufig offen die Programmatik und die politische Praxis der verschiedenen Bewegungen und Nationalstaaten im Trikont. Insgesamt ließ der Verfall des Systems der Blockkonfrontation die ihr „historisch vorausgegangen und in sie eingebauten Grundsteine der traditionellen Staatenordnung wieder stärker hervortreten“. (Diner 1991b: 12) Der Untergang der Sowjetunion und des Ostblocks reaktivierte Konflikte, die auf die Vorgeschichte des Kalten Krieges verwiesen. Nach dem Ende der geographisch-politischen Entgensetzung von Ost und West, Sozialismus und Kapitalismus, Fortschritt und Reaktion traten im internationalen Rahmen Frontlinien zutage, die durch den Kalten Krieg überdeckt oder verschüttet worden waren: Die Rede ist von nationalen, ethnischen oder religiösen Konflikten. Mit dem Ende der Gegenüberstellung von Erster und Zweiter Welt verschwand damit auch das Prinzip der Dritten Welt. Der Begriff wurde zum rein deskriptiven Eigennamen für wirtschaftlich unterentwickelte Staaten, der öffentlich nur noch selten in Verbindung mit seinem Entstehungskontext und seinen geschichtsphilosophischen Implikationen gebracht wurde. Tatsächlich war die absolute Mehrheit der Bewegungen und „kämpfenden Völker“ im Trikont auch nur noch schwerlich als Statthalter jenes Dritten Standes zu begreifen, als die sie Alfred Sauvy in seinem Initiationsartikel „Drei Welten, ein Planet“ von 1952 verstanden wissen wollte.

Weite Teile der radikalen Linken zeigten sich nach 1989 freilich unfähig, mit den Dualismen des Kalten Krieges zu brechen. Je deutlicher das antiimperialistische Weltbild seinen anachronistischen Charakter offenbarte, umso stärker schien sein Beharrungsvermögen. Der Dualismus von Ost und West, Fortschritt und Reaktion wurde mit dem Ende des Ostblocks kurzerhand an der Nord-Süd-Achse neu justiert und somit in die neue Zeit hinübergerettet. So konnte insbesondere der Zweite Golfkrieg, in dessen Kontext eine der letzten größeren Eruptionen innerhalb der radikalen deutschen Linken stattfand, aus der Vietnamkriegsperspektive heraus betrachtet und kritisiert werden. Ähnlich wie dreißig Jahre zuvor wurde die Dritte Welt damit noch einmal zum Rettungsanker, mit dessen Hilfe der Verlust bisheriger Orientierungssicherheiten – des Antifaschismus, der deutschen Zweistaatlichkeit usw. – scheinbar kompensiert werden konnte. Die Dritte Welt wurde zur letzten Verteidigungslinie des bisherigen linken Weltbildes, das durch die Ereignisse der Jahre 1989 bis 1991 eine Erschütterung erfahren hatte. (vgl. Diner 1991b) So entdeckte die radikale Linke just mit den Ereignissen der Jahre 1989 bis 1991 nahezu strömungsübergreifend – eine nennenswerte Ausnahme war allenfalls das anti-deutsche Lager – den „Kurdischen Befreiungskampf“ und seiner Repräsentantin, die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), für sich. Die Kurdistan-Solidarität erreichte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre innerhalb der radikalen Linken eine Breite, die, zumindest gemessen an ihrer arg geschrumpften personellen und organisatorischen Basis, durchaus an die Solidaritätsbekundungen für Nicaragua und El Salvador in den achtziger Jahren erinnerte: Kaum eine autonome oder marxistisch-leninistische Festveranstaltung kam ohne die einschlägige kurdische Trachtengruppe, einen Kurdistan-Informationsstand oder -Vortrag aus; kaum ein autonomes Zirkular, das nicht regelmäßig umfangreich über die Vorgänge im kurdischen Teil der Türkei, Syriens oder des Irak berichtete. (kritisch zur Kurdistan-Welle: Wolter 1996)

Ohne den Rahmen des Kalten Krieges verändern allerdings auch seine Kategorien ihre Bedeutung. Die Feststellung, daß eine Konfliktpartei in einer internationalen Auseinandersetzung als imperialistische Kraft auftritt, läßt nicht mehr notwendigerweise die Schlußfolgerung zu, daß die Gegenseite „objektiv“ antiimperialistisch handelt – zumindest nicht, ohne sich vom bis dahin emphatischen Begriff des Antiimperialismus zu verabschieden. Der Kalte Krieg hatte die Erinnerung daran verschüttet, „daß der Widerstand gegen eine imperiale Macht nicht notwendigerweise fortschrittlich sein muß, daß es auch faschistische ‚Antiimperialismen‘ gegeben hat“. (Postone 2005c: 205) So sahen sich nicht unerhebliche Teile der radikalen Linken nach 1989 immer wieder an der Seite von Regierungen und Bewegungen, deren despotischer Charakter dem des Schah-, Pinochet- oder französischen Militärregimes in Algerien, deren Aktivitäten den linken Antiimperialismus in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren auf den Plan gerufen hatten, kaum oder nicht nachstand: Das Baath-Regime Saddam Husseins oder die afghanischen Taliban, gegen deren Bekämpfung durch die Vereinigten Staaten der traditionalistische Teil der radikalen Linken in den Jahren 1990/91, 2001 und 2003 in großem Maß mobilisierte, waren weitaus brutaler und repressiver als etwa die mörderischen Militärregimes in Brasilien, Chile und Argentinien, gegen die die Linke in den siebziger und achtziger Jahren protestiert hatte (vgl. ebd.: 204); die Programmatik der kurdischen PKK trug wiederum nicht nur stalinistische sondern deutlich völkische Züge.⁷

Abgesehen von der PKK, zu der sich insbesondere das autonome, das ML-Spektrum und die Reste des Stadtguerilla-Umfelds bekannten, ergriffen Vertreter der radikalen Linken zwar nur selten offene Partei für die jeweiligen Regimes oder Bewegungen: für Saddam Husseins Baath-Partei, Osama Bin Ladens Al Qaida oder die afghanischen Taliban. In der Zeit der Blockkonfrontation hatten sich weite Teile der Linken allerdings immer wieder nicht ganz zu Unrecht dazu einbekannt, daß die Opposition gegen „den Imperialismus“, der zumeist in den Vereinigten Staaten territorialisiert wurde, als „faktische Unterstützung ihrer Gegner zu begreifen“ sei. (Postone 2005c: 204) So kann eine Antikriegsbewegung, wie Moishe Postone vor einigen Jahren erklärte, „nur dann von sich behaupten, keine Unterstützung der Gegenseite darzustellen, wenn sie sich gegen beide Seiten richtet (wie es etwa die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges versuchte)“. (ebd.) Selbst auf eine solche Kritik, die neben der kriegführenden Macht auch ihre Gegner in den Fokus nimmt und etwa für grundlegende Veränderungen im Irak oder in Afghanistan eintritt, wurde von Seiten der traditionalistischen

⁷ Im *Kurdistan-Report* vom März 1994 ließ der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan verlauten: „[D]er Patriotismus ist bei den Kurden in einer verlorenen, verzerrten, in der Nähe des Verrats befindlichen, betrübnlichen Situation. [...] Die Kurden verlassen scharenweise ihre tausendjährige Heimat, um ihren Bauch zu füllen. Wenn man von Ehre und Stolz, von Recht und Gesetz spricht, dann werden wir sagen: Zuerst das Recht des Patriotismus, zuerst die Pflicht, die Heimat zu verteidigen.“ Ein „Verständnis der Menschheit, das sich nicht auf Patriotismus stützt“, sei „Kosmopolitismus“. „Menschen, die ohne Heimat leben und von Demokratie und Sozialismus sprechen, begehen ein niederträchtiges Verbrechen.“ (zit. nach Gruppe Demontage 1998: 218 f.)

radikalen Linken allerdings sowohl während des Zweiten Golfkrieges als auch während der Militärschläge gegen das Taliban-Regime wie auch den Irak 2003 weitgehend verzichtet.⁸

Insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zeigte sich, wie das Festhalten am überkommenen Bezugsrahmen des Kalten Krieges und am Prinzip der Dritten Welt in eine Apologie des Terrors umschlagen kann: Selbst wenn die Anschläge verurteilt wurden – was häufig nicht geschah –, wurde regelmäßig Verständnis für die Wut und das „an sich“ berechnete Anliegen der Attentäter aufgebracht; es wurde immer wieder die mißliche Lage derjenigen betont, in deren Namen die Attentäter zu handeln vorgaben⁹ – allerdings ohne „den Deutungsrahmen zu hinterfragen, in dem diese Mißstände interpretiert werden“. (Postone 2005c: 199) Der Deutungs- oder Bezugsrahmen des Dschihadismus, in dem die USA als Hort der „Kreuzfahrer und Juden“ auftauchen, wurde mit dem Bezugsrahmen des Kalten Krieges in eins gesetzt. Osama Bin Laden erschien so als Wiedergänger Che Guevaras oder Ho Chi Minhs; der Massenmord an tausenden Zivilisten – eine Form der politischen Praxis, auf die der Vietcong oder die chilenische Linke nicht zufällig, sondern trotz aller berechtigten Wut auf die Politik der Vereinigten Staaten *aus Prinzip* verzichtet hatten – wird zur Fortsetzung der Tet-Offensive, des Angriffs auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba oder des Kampfes um Saigon.¹⁰

⁸ Zu den Ausnahmen gehörte während des Irakkrieges die *Konkret*, die im März 2003 mit dem Slogan „Gegen Krieg und deutschen Frieden“ titelte. In der Zeitschrift kamen Personen, die ihre Sympathien für das Baath-Regime nur schwer verleugnen konnten, allerdings ebenso zu Wort wie einige wenige linksradikale Kriegsbedürftige. Nick Cohen, der lange Zeit am linken Rand der britischen Labour Party stand, erklärte im Nachgang des Irakkrieges und mit Blick auf die britische Linke (der sich allerdings auch auf die Bundesrepublik ausweiten läßt), daß es gute Gründe gegeben hätte, um gegen den Krieg zu sein. Jeder Kriegsgegner hätte jedoch ebenfalls zugeben müssen, daß der Sturz des Baath-Regimes zumindest eine moralische Legitimität gehabt hat. Völlig fatal sei das Verhalten des Großteils der britischen und amerikanischen Antikriegsbewegung jedoch nach dem Sturz des Baath-Regimes gewesen. In dieser Situation hätte es, wie Cohen erklärt, nur eine richtige Position gegeben: die Unterstützung des Aufbaus eines freien und demokratischen Irak sowie die Ablehnung des Terrors der Dschihadisten und früheren Anhänger der Baath-Partei, der sich regelmäßig gegen die Zivilbevölkerung, neue Infrastrukturen und Keimzellen zivilgesellschaftlichen Engagements richtete. (Cohen 2006) Stattdessen unterstützten einige Vertreter der britischen wie auch deutschen (radikalen) Linken den irakischen Widerstand, rechtfertigten ihn moralisch oder sammelten im Rahmen der Kampagne „10 Euro für den irakischen Widerstand“ sogar Geld für Waffen. (vgl. etwa Antiimperialistische Koordination u.a. 2003)

⁹ Vgl. etwa die umfangreiche Zitatensammlung bei Rohloff (2002).

¹⁰ Dieses In-Eins-Setzen fiel insbesondere dem traditionalistischen Teil der radikalen Linken nicht sonderlich schwer, weil der Interpretationsrahmen des Kalten Krieges schon vorher brüchig geworden war. Ein Teil der radikalen Linken hatte sich bereits seit den späten siebziger Jahren sukzessive vom Interpretationsrahmen des Kalten Krieges verabschiedet. Spielte die Rhetorik der nationalen Befreiungsbewegungen um 1967 noch eine entscheidende Rolle für die Positionierung der radikalen Linken, genügte zehn Jahre später oft bereits der Verweis auf die Verteidigung der eigenen Kultur gegen äußere Einflüsse als Impuls für Solidaritätsbekundungen. Dieser Rekurs auf das national und kulturell Eigene schlug sich u.a. in den Reaktionen eines Teils der radikalen Linken auf die Machtübernahme der Mullahs im Iran, in der Berichterstattung über den Nahost-Konflikt und schließlich – hier hatte sich der Bezugsrahmen des Kalten Krieges schon verschoben – der vollkommen unkritischen Bezugnahme auf die Mudschaheddin in Afghanistan nieder: In der *Konkret* wurde der Amtsantritt der Khomeinis 1982 einfühlend als der „bisher radikalste antikoloniale Aufstand“ bzw. als Versuch, „dort wieder zu beginnen, wo der Kolonialismus anfing, iranische Identität zu zerstören“, beschrieben. (Hermann 1982) In der Zeitschrift *Autonomie* war man gefesselt davon, „wie die Religion einem Volk als Waffe im revolutionären Kampf dienen kann“. (zit. nach Beier 2002: 69) Und auch – um über den deutschen Kontext hinauszuschauen – der postmoderne Theoretiker Michel Foucault feierte die islamistische Revolte zunächst als die „erste große Erhebung gegen die weltumspannenden Systeme“. (zit. nach Kunstreich 2004) Im Hinblick auf den Nahostkonflikt wurde von linksradikaler Seite hingegen regelmäßig erklärt, daß die „völlige Entwurzelung“ der Palästinenser ihre „Identität als Volk“ gefährde; den Israelis, die zumeist nicht als „richtiges Volk“ betrachtet wurden, wurde unterstellt, sie würden die „Würde und Identität“ der Palästinenser „vernichten“. Alle Zitate wurden von Thomas Haury (1992: 143 ff.) zusammengetragen. Dort finden sich auch zahllose ähnliche Beispiele für solche Formen der Berichterstattung und Analyse des Nahostkonfliktes. Hinweise auf positive Bezugnahmen auf die Mudschaheddin in Afghanistan finden sich etwa bei Jürgen Elsässer (2002: 26 f.) Diese Indifferenz gegenüber antiaufklärerischen Bewegungen wurde durch die „wilderness of postmodernism“ (Cohen 2006), die seit den siebziger Jahren eine gewisse Anziehungskraft auf die Linke ausüben konnte, und ihren epistemischen Relativismus noch unterstützt. „As epistemic relativism infected leftist intellectual life, all the old universal criteria, including human rights, the search for truth and the scientific method became suspect instruments of elite oppression and Western cultural imperialism.“ Deshalb, so Cohen, verabschiedeten sich zahlreiche postmoderne Theoretiker von einigen der grundlegenden Erkenntnisse der Aufklärung: „the central tenet of the Enlightenment that men and women have the ability to transcend their circumstances and culture“. (ebd.: 106) Da sich die Solidaritätsarbeit eines großen Teils der radikalen Linken zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Ostblocks bereits weniger auf eman-

Mit dieser In-Eins-Setzung – und das ist ein weiterer Grund für die Mischung aus Konfusion und Diszession, die das Agieren der radikalen Linken weit über die erste Hälfte der neunziger Jahre hinaus kennzeichnete – erfahren der linke Antimperialismus und das antimperialistische Weltbild allerdings eine Entwertung. Sie markiert einen Verlust an historischer Urteilskraft, der den Zusammenbruch der als emanzipatorisch behaupteten Traditionen der (radikalen) Linken in den Jahren um 1989 noch einmal verdoppelt. Der Zusammenbruch und das stetige Retardieren, das die Rekonstitution der radikalen Linken nach 1989 nie in eine wirkliche Rekonsolidierung umschlagen ließ, sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das antiimperialistische Weltbild des Kalten Krieges seine Überzeugungskraft und seine Realitätstauglichkeit verlor. Für die größten Zerwürfnisse innerhalb der radikalen Linken sorgten in der Ära nach 1989 dementsprechend internationale Konflikte, die von weiten Teilen der Linken mit den Kategorien des Kalten Krieges gedeutet wurden – und die gleichzeitig deren Untauglichkeit offenbarten: Der Zweite Golfkrieg 1991 beschleunigte den Zerfall der radikalen Linken in der Zusammenbruchphase der Jahre 1989 bis 1991; er wirkte als ein zentrales Medium, durch das sich der Untergang bisheriger linker Gewißheiten in die radikale Linke hinein übersetzte. Im Nachgang der Anschläge vom 11. September 2001 sowie im Kontext des Afghanistan- und Irakkrieges 2001 und 2003 wurde das linksradikale Strömungsbild, das sich in der Zwischenzeit jeweils, wenn auch auf kleinerer personeller Basis, rekonstituiert zu haben schien, immer wieder aufs Neue erschüttert. Diese Konflikte verdeutlichten, daß die Rekonstitution weiter Teile der radikalen Linken – vom autonomen und Antifa-Lager über die K-Gruppen und das DKP-Umfeld bis hin zu einem Teil der undogmatischen Linken – allenfalls auf der Konservierung der einschlägigen Interpretationsmuster aus der Zeit des Ost-West-Konfliktes unter neuen weltpolitischen Bedingungen beruhte. Die zentralen Auseinandersetzungen der radikalen Linken fanden nach 1989 nicht mehr entlang der innerlinken Konfliktlinien aus der Zeit des Kalten Krieges statt. Sie entbrannten vielmehr zwischen einer Mehrheit, die sich auch weiterhin auf die weltpolitische Konstellation und die linksradikalen Schablonen der Jahrzehnte vor 1989/90 bezog, und einer Minderheit, die lange Zeit auf der Suche nach einer neuen Orientierung war – und diese schließlich im Prinzip des Westens fand. Diese Orientierung auf den Westen, der nur noch bedingt im Zusammenhang mit dem deckungsgleichen Begriff aus der Zeit des Kalten Krieges steht¹¹, ging dabei jedoch nicht, wie in den innerlinken Fraktionskämpfen gern behauptet wurde, mit einer Abkehr von der Kapitalismuskritik bzw. der Forderung nach Kommunismus oder einer befreiten Gesellschaft einher. Im Zuge einer Entwicklung, in der Auschwitz zunächst ins Zentrum des Blicks auf den Nationalsozialismus und schließlich des 20. Jahrhunderts gerückt war, hatte sich hier allerdings die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Prinzipien, die der Westens repräsentiert – von der westlichen Demokratie über den Liberalismus bis hin zum Prinzip des Individuums –, bei aller Kritik gegen das Schlimmere verteidigt werden müssen: gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Islamismus, der seit den Anschlägen des 11. September 2001 ins Zentrum der anti-deutschen Kritik geriet.

zipatorische Forderungen der unterstützten Organisationen in der Dritten Welt als vielmehr auf deren Verteidigung der „eigenen Kultur“ gegen äußere Einflüsse bezog, sorgte auch ihre langsame Abkehr von sozialistischer Programmatik in der Phase der Auflösung des Ostblockes gelegentlich nur noch partiell für Verunsicherung.

¹¹ Zum Prinzip des Westens und der Unterscheidung von Ost und West nach dem Ende des Kalten Krieges, zur Rückgewinnung der alten „kulturgeographischen“ Bedeutung dieser Begriffe nach 1989 usw. vgl. Diner (1991b: 57 ff.).